



In der Debatte – Blick ins politisch-historische Feuilleton

Denise Lindsay
31. Januar 2025

Auf einen Blick

- › Die Wahl von Donald Trump wirft die Frage auf, ob das System der „Checks and Balances“ dazu geeignet ist, den 47. Präsidenten der USA einzuhängen, gerade auch, weil er kein Neuling mehr im Amt ist. Für Europa ist die Wahl Trumps eine Herausforderung, sie kann aber auch als Ansporn dienen, außen- und sicherheitspolitisch wieder enger zusammenzustehen und eigene Initiativen – etwa im indopazifischen Raum – zu entwickeln.
- › Die Erinnerungskultur in Deutschland gerät immer weiter unter Druck von rechter wie von linker Seite, auch durch die Verknüpfung von Holocaust und Kolonialverbrechen oder den Versuch der Marginalisierung der Shoa.
- › Der 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz macht deutlich, dass es keinen Schlussstrich unter die Vergangenheit geben kann. In der Wissensvermittlung darüber müssen neue Wege eingeschlagen werden und die politische Bildungsarbeit muss mit genügend Finanzmitteln ausgestattet werden, auch zum Kampf gegen den wieder aufgeflamten Antisemitismus.
- › Die Krise der liberalen Demokratien schreitet voran, in Europa übernehmen populistische und autoritär ausgerichtete Parteien das Ruder. Die Woke-Bewegung dagegen scheint auf dem Rückzug zu sein, DEI-Programme werden eingestellt.

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| In der Debatte: Trump 2.0 – Die USA und Europa | 2 |
| In der Debatte: Erinnerungskultur | 5 |
| In der Debatte: Demokratie – Populismus – Wokeness | 7 |
| Rezensionen | 9 |
| Impressum..... | 14 |

In der Debatte: Trump 2.0 – Die USA und Europa

Das *Editorial Board* der *Financial Times*¹ stellt nach der Amtseinführung des 47. US-Präsidenten fest, Donald Trump sei mächtiger denn je: „He commands near-total fealty in a Republican party that has a majority in both houses of Congress. His cabinet picks are defined by their loyalty to him. And not just Silicon Valley billionaires but many corporate leaders have been rushing to bend the knee to Trump. A narrow victory in the popular vote is now seen as a change in the political weather.“ Das politische System der „Checks and Balances“ werde in dieser zweiten Amtszeit in bislang nicht gekannter Weise auf die Probe gestellt werden.

Stephan Bierling erläutert im Gespräch mit der *FAZ*², die Kontrollmechanismen des politischen Systems in den USA seien schwächer geworden: „Die Checks and Balances werden aber sehr viel eingeschränkter sein, das gilt auch für die Gerichte, besonders den Supreme Court. Die größte Gefahr für die amerikanische Demokratie ist die Ausweitung der präsidentiellen Vollmachten. Diese hat der Supreme Court in den letzten Jahren gerade in Fragen der nationalen Sicherheit und der Außenpolitik immer weiter ausgelegt, am weitesten vielleicht im vergangenen Jahr, als er dem Präsidenten Immunität vor strafrechtlicher Verfolgung nach seiner Amtszeit für alle seine Amtshandlungen garantierte. Das ist gerade bei einem Präsidenten wie Trump, der sein Amt bis an die äußersten Grenzen auslotet, eine sehr weitgehende Regelung.“

Torben Lütjen erklärt in der *FAZ*³, warum er die USA unter Donald Trump, der kaum noch mit Widerstand aus der Republikanischen Partei rechnen müsse, auf dem Weg in eine „illiberale Demokratie“ sieht und einen Umbau der Staates analog zum Vorgehen Viktor Orbans in Ungarn befürchtet. Ein Gegengewicht dazu könnten das System von „Checks and Balances“ und die starke Stellung der Bundesstaaten bieten, während die Rolle des Supreme Court eher fraglich bleibe. Zudem herrsche bei der Opposition „Resignation und Fatalismus“. Die Tatsache, dass schon erste Streitigkeiten im Trump-Lager ausgebrochen seien, könne allerdings die Hoffnung wecken, dass die Geschlossenheit dort Risse bekomme: „Und schließlich ein nun wirklich unerwarteter Silberstreif am Horizont: Alles hat sich geändert, nur eines nicht – Trump ist immer noch Trump. Wer weiß, wer am Ende wirklich sein Ohr haben wird. Er ist zwar in hohem Maße beeinflussbar, aber zumeist durch jene, die zuletzt mit ihm gesprochen haben. [...] Vielleicht wird er dann vor lauter Drama nicht so recht zum Schleifen der Demokratie kommen. Das würde zwar abermals vier anstrengende Jahre bedeuten, aber eine weitere Farce wäre immer noch besser als ihre Wiederaufführung als Tragödie.“

Im Gespräch mit der *Süddeutschen Zeitung*⁴ beschreibt *Timothy Snyder* die USA als ein „Hybridsystem: eine Demokratie mit oligarchischen Merkmalen oder eine Oligarchie mit demokratischen Merkmalen“, das sich im Laufe der Zeit immer mehr in Richtung Oligarchie verschoben

¹ Editorial Board, America enters the second age of Trump, *Financial Times*, 20.1.2025.

² Thomas Thiel, Die Kontrollinstrumente sind deutlich schwächer geworden. Gespräch mit dem Politologen Stephan Bierling, *FAZ*, 21.2.2025.

³ Torben Lütjen, Farce oder Tragödie?, *FAZ*, 20.1.2025.

⁴ Alexander Mühlauer/Kathrin Werner, „Trump will endlich reich werden. Und Musk will die Weltherrschaft“. Ein Gespräch mit dem Yale-Historiker Timothy Snyder, *SZ*, 21.1.2025.

haben. Mit Blick auf Europa stellt er fest, der Kontinent müsse „seine Verteidigung ernst nehmen und die Budgets erhöhen – nicht wegen des äußeren Drucks von Figuren wie Trump, sondern weil die Bedrohungen real sind“. Europa müsse sich zudem gegen die Versuche der politischen Destabilisierung ernsthaft zur Wehr setzen: „Die Herausforderung für Europa besteht darin, dieses Narrativ zurückzuweisen und den Patriotismus zurückzuerobern. Die wahren Patrioten sind diejenigen, die ihre nationalen Institutionen und demokratischen Werte verteidigen – nicht diejenigen, die sich mit Oligarchen verbünden.“

Keith B. Payne stellt in seinem Gastkommentar in der *Welt*⁵ fest, die Angst Europas vor Donald Trump beruhe auf Fehleinschätzungen, denn „America First“ bedeute nicht, „wie die Verbündeten befürchten, Isolationismus. Die populistische Bewegung, die hinter dem gewählten Präsidenten Trump steht, wünscht sich ein starkes Engagement der Vereinigten Staaten in der Welt. Diese Bewegung will ein Land, das seinen Gegnern aus einer Position der Stärke heraus entgegentritt. Umfragen verdeutlichen dies: Eine große Mehrheit der Trump-Wähler ist der Ansicht, dass sich die Vereinigten Staaten stärker in der Welt engagieren und auf der Weltbühne eine Führungsrolle übernehmen sollten.“ Die USA würden mit Sicherheit in der NATO bleiben, aber die europäischen Verbündeten müssten sich daran gewöhnen, „dass die Jahre des Trittbrettfahrens vorbei“ seien.

Im *Wall Street Journal*⁶ erklärt *Walter Russell Mead*, Europa habe Angst vor einer zweiten Amtszeit Donald Trumps, weil es sich wirtschaftlich und verteidigungspolitisch in einer schwachen Position befinde und genau wisse, dass es auf die Unterstützung der USA angewiesen sei. Allerdings sei Schadenfreude auf Seiten der MAGA-Bewegung ebenso wenig angebracht, denn ein Niedergang Europas werde auch Auswirkungen auf die USA haben: „With the axis of revisionists on the prowl, Team Trump will need all the help it can get, and America's goal must be to resuscitate Europe rather than to dance on its grave. Europe has abdicated its role in history. The coming administration must work with partners like Japan that have the strategic clarity that so many Europeans lack. Countries like Israel, India, the United Arab Emirates and Saudi Arabia have read the signs of the times more accurately than our European friends.“

Isaac Chotiner geht im *New Yorker*⁷ im Gespräch mit dem Yale-Professor *Greg Grandin* der Frage nach, wie Donald Trumps außenpolitischen Konzeptionen aussehen könnten und welchen Ursprung sie haben. Grandin verweist auf Trumps Betonung in der Inaugurationsrede, die Grenzen erweitern zu wollen und vergleicht diese Bestrebungen mit denen einiger seiner Amtsvorgänger, etwa William McKinley oder James Monroe, in die er sich einreihe. Dabei zeige er sich beweglich, sei keinesfalls ein Isolationist und passe seine Äußerungen seinen jeweiligen momentanen Interessen an: „I think that his foreign policy is all over the place, and part of this is his strategic desire to keep himself flexible, and not be tied down to any one policy. So he might use tariffs, or threaten them and not use them, and say, We'll see what happens. But, on the other hand, the thing that he will always come back to no matter what is the demonization of migrants from abroad. That seems to be the core of what Trump is.“

Maximilian Terhalle, *Andreas Durst* und *Felix Lotzin* sprechen in ihrem Gastbeitrag in der *FAZ*⁸ von einem „Adenauer-Moment 2.0“, in dem sich Europa zum jetzigen Zeitpunkt befinde und in dem es – durch geschicktes Handeln – gelingen könne, die transatlantischen Beziehungen zu stärken und ins Lot zu bringen. Den USA müsse bewusst gemacht werden, dass China „die strategische Herausforderung des Westens“ sei und Russland ohne chinesische Unterstützung nicht in der Lage sein werde, die Ukraine zu besiegen. Zudem müsse sich das europäi-

⁵ Keith B. Payne, Europas Angst vor Donald Trump ist unbegründet, *Die Welt*, 21.1.2025.

⁶ Walter Russell Mead, Nations Prepare for a Post-European World, *Wall Street Journal*, 6.1.2025

⁷ Isaac Chotiner, The Historical Roots of Donald Trump's Aggressive Nationalism. Gespräch mit Greg Grandin, *The New Yorker*, 28.1.2025.

⁸ Maximilian Terhalle/Andreas Durst/Felix Lotzin, Der Adenauer-Moment 2.0, *FAZ*, 20.1.2025.

sche Interesse auch auf den Indopazifik und eine Stärkung Indiens gegenüber China und damit auch eine Unterstützung der USA richten. Deutschland könne hier eine Vorreiterrolle einnehmen: „Berlin ermutigt Europa zu mindestens drei Prozent Militärausgaben und geht als Führungsmacht voran; setzt die Wehrpflicht wieder ein; verfolgt einen Buy-American-Ansatz für Militärgerät, das Europa nicht kurzfristig produzieren kann (gleichzeitige Stärkung europäischer Rüstung); finanziert im Verbund wesentlich den Unterhalt des für Europa nötigen US-Truppenanteils; übernimmt sichtbar Verantwortung durch Koordination der Europäer in NATO und EU einschließlich Großbritanniens; treibt einen Ukraine-Wiederaufbaufonds an, in dem Amerika Vorzugsrechte genießt; und forciert die Westbindung Indiens durch ein G-7-Aufnahmeangebot.“

„Trump sagt also Leuten wie Putin und Xi Jinping: Ich respektiere eure Interessen; ich komme euch nicht mit dem erhobenen Zeigefinger, sondern mit meinen eigenen Interessen. Und mit den wirtschaftlichen und militärischen Machtmitteln, diese Interessen durchzusetzen. Können wir uns einigen? Es fehlt der moralisch hohe Ton, es regiert der Egoismus“, konstatiert *Alan Posener* in der *Welt*⁹. Er fordert Europa auf, sich endlich von seiner „moralisierende[n] Schizophrenie“ zu verabschieden und jetzt die eigenen Ziele deutlich zu formulieren. Trump strebe kein neues Imperium an, sondern er agiere nationalistisch: „Die internationale Ordnung, die Trump vorschwebt, ähnelt der Ordnung der europäischen Nationalstaaten nach der Niederrichtung des Imperialisten Napoleon Bonaparte. Der Wiener Kongress schuf ein System, das die Interessen der europäischen Großmächte anerkannte und dadurch immerhin fast ein Jahrhundert hindurch größere Kriege auf dem Kontinent verhinderte.“

In der *Times*¹⁰ setzt sich *Gerard Baker* kritisch mit der Präsidentschaft von Joe Biden auseinander und konstatiert, die Geschichte werde keinesfalls gnädig in ihrem Urteil sein: „To the left, he will forever be the man who, through his selfish insistence on running again in the face of his own cognitive collapse, precluded the Democratic Party from having a real contest to find a successor and allowed Trump back into the White House. To the right, he will be the man who won a narrow majority for the Democratic Party in a contentious 2020 election and chose, stubbornly and destructively, to interpret it as a mandate for a radical lurch to the left in the country's political culture.“ Er habe sich stets an den politischen Mainstream der Demokraten angepasst, um sein politisches Überleben zu sichern und dabei versäumt, eine eigene Agenda zu entwickeln: „And once in office, he honoured that success by immediately embracing the very implausibilities he had been selected to avoid: the economic agenda of Bernie Sanders and the Democratic left, and the cultural and social agenda of Alexandria Ocasio-Cortez and Black Lives Matter. And all the time it was evident he barely knew where he was.“

George Packer konstatiert im *Atlantic*¹¹, der erneute Wahlsieg Donalds Trumps habe zwei Illusionen beendet, denen sich die Demokratische Partei lange hingegeben habe: Zum einen die Vorstellung, der demografische Wandel hin zu einer weniger „weißen“ Gesellschaft werde automatisch einen Zuwachs an Wählern mit sich bringen; zum anderen die Überzeugung, die Partei würde durch politische Tricks von der Macht ferngehalten: „Now that Trump has won the popular vote and the Electoral College, the majoritarian illusion, like the demographic one, should be seen for what it is: an impediment to Democratic success. It relieved the party of the need to listen and persuade rather than expecting the *dei ex machina* of population and rule changes to do the work of politics.“ Wichtig sei, dass die Partei wieder auf ihre Wähler zugehe und ihnen vor allem auch zuhöre: „[...] politics is best when it's face-to-face and based on respect, that most people are complicated and even persuadable, and that – in the next

⁹ Alan Posener, Egoismus muss kein Nachteil sein, *Die Welt*, 29.1.2025.

¹⁰ Gerard Baker, Farewell then, Joe – history will not be kind, *The Times*, 19.12.2024.

¹¹ George Packer, The End of Democratic Delusions - The Trump Reaction and what comes next, *The Atlantic*, 2.12.2024.

line from the Fitzgerald quote – one can, see that things are hopeless and yet be determined to make them otherwise.”

In der Debatte: Erinnerungskultur

In der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*¹² blickt *Alexander Jürgs* auf die in Bedrängnis geratene Erinnerungskultur, in die Zange genommen von den „Geschichtsklitterer[n] aus der ‚neuen Rechten‘ und von der AfD, die immer lauter eine ‚erinnerungspolitische Wende um 180 Grad‘ einfordern“ sowie von den „Anhängern einer postkolonialen Weltsicht. An den Universitäten, aber auch in ‚antiimperialistischen‘ Splittergruppen steht diese Denkrichtung seit dem Ausbruch des Gazakriegs, der nun ein Ende finden könnte, besonders hoch im Kurs.“ Kritikwürdig sei die Schwarz-Weiß-Sicht vieler postkolonialer Theoretiker sowie deren Verneinung der Singularität des Holocaust. Zur Aufrechterhaltung der Erinnerung daran sei – mit Blick auf die schwindende Zahl von Zeitzeugen – eine Verstärkung und Verbesserung der politischen Bildungsarbeit, die Entwicklung von Social-Media-Formaten, um junge Menschen anzusprechen sowie eine bessere Unterstützung der Gedenkstätten und ihrer Arbeit erforderlich.

Stephan Malinowski und *Robert Gerwarth* setzen sich in der *Zeit*¹³ mit der Debatte um das Verhältnis zwischen Kolonialismus und Nationalsozialismus auseinander und stellen fest, viele der Beteiligten blendeten dabei die Komplexität der Ereignisse aus: „In der Ideologisierung des Kolonialismusbegriffs schmilzt das konkrete und kontextgebundene Wissen über koloniale Herrschaft zur Chiffre, die von Mexiko über Indien und Auschwitz bis Gaza einsetzbar werden und nebenbei den Rassismus der Gegenwart erklären soll. Die Analyse wird dadurch nicht befördert, sondern mitsamt den analytischen Kernbegriffen beschädigt. Übrig bleibt ein pädagogisch zusammengestellter Eintopf der Erinnerungen mit sehr allgemeinen Lehren, wie sie etwa im Religionsunterricht verabreicht werden. Die Einsicht in den verbrecherischen Charakter der Kolonial- wie der NS-Herrschaft aber kann nicht das Ziel sein, sondern ist der Ausgangspunkt vertiefender Forschung. Rechtsradikaler Kolonialromantik und den Posen des postkolonialen Aktivismus wird auch weiterhin mit den Mühen der Ebene, also durch empirische Konkretisierung, Kontextualisierung und Überprüfung zu begegnen sein.“

Angesichts des 80. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz fordern *Anne König* und *Gregor Thüsing* in der *Welt*¹⁴ den auch in Deutschland wieder aufkeimenden Antisemitismus mit großer Entschlossenheit zu bekämpfen und das jüdische Leben besser zu schützen: „Es braucht die Wiederherstellung der Strafbarkeit der sogenannten Sympathiewerbung und die Schließung der Schutzlücken bei Volksverhetzung (Strafbarkeit für das Leugnen des Existenzrechts Israels und für den Aufruf zur Beseitigung des Staates Israel). Der Strafrahmen der Volksverhetzung muss gegebenenfalls erhöht werden, damit er wirksam abschrecken kann. Es darf nicht sein, dass jüdisches Leben angesichts der zunehmenden Gewalttaten nur noch unter immer höheren Sicherheitsvorkehrungen stattfinden kann.“

Im Gespräch mit der *NZZ am Sonntag*¹⁵ befasst sich *Norbert Frei* mit der Erinnerungskultur in Deutschland und deren Wandel und merkt an: „Heute geht es um Wissen, und es geht um Vergegenwärtigung dessen, was der Fall war. Dafür tragen wir in Deutschland Verantwortung. Und dafür, dass dieses Wissen nicht einfach ad acta gelegt wird, auch nicht in den nachfolgenden Generationen.“ Zudem müsse man sich vor Augen führen, die AfD habe erkannt, „dass

¹² Alexander Jürgs, Die Erinnerung verblasst, FAS, 19.1.2025.

¹³ Robert Gerwarth/Stephan Malinowski, Jenseits von Schwarz und Weiß, Die Zeit, 9.1.2025.

¹⁴ Anne König/Gregor Thüsing, Nicht nur erinnern, sondern Antisemitismus entschlossen bekämpfen, Die Welt, 24.1.2025.

¹⁵ Adrian Meyer, Wird Geschichte zu Propaganda? Fragen an den Historiker Norbert Frei, NZZ am Sonntag, 26.1.2025.

man mit Ressentiments gegen einen selbstkritischen Umgang mit der deutschen Vergangenheit Punkte machen kann“. Dazu gehöre nicht mehr nur das Leugnen des Holocaust generell, sondern zunehmend das Säen von Zweifeln gegenüber Fakten, „um letztlich zu einem heilen Bild von der angeblich so gross- und einzigartigen, tausendjährigen deutschen Geschichte zu kommen, in dem die zwölf Jahre Nationalsozialismus dann keine Rolle mehr spielen, Stichwort ‚Vogelschiss‘.“

„Einen Schlusstrich unter den Völkermord an sechs Millionen Juden kann es nie geben. Diese Haltung heilt nichts. Sie verletzt. Die Opfer und ihre Angehörigen. Und behindert alle, die etwas Neues, Anderes mit ihrem Land anfangen wollen. Die Enkel und Urenkel der Opfer können keinen Schlusstrich ziehen, deshalb sollten es die Urenkel der Täter auch nicht“ stellt *Mathias Döpfner* in der *Welt*¹⁶ fest. Er verweist in diesem Zusammenhang auf die lebendige Erinnerungskultur in Ruanda an den Völkermord in den 1990er Jahren, die zeige, „einen neuen, gesunden, guten Patriotismus kann es nur geben, wenn man sich seiner Vergangenheit stellt. Kollektivschuld gibt es nicht. Natürlich nicht. Aber doch kollektive Verantwortung dafür, dass das nie wieder passiert. Und Voraussetzung dafür ist: Erinnerung.“

Auch *Stephan-Andreas Casdorff* betont im *Tagesspiegel*¹⁷ die unbedingte Notwendigkeit, die Erinnerung an Holocaust lebendig zu erhalten, damit diese Ereignisse nicht verblassen und in Vergessenheit geraten können: „Darum ist es buchstäblich so unendlich wichtig, Wissen über den Holocaust zu vermitteln, von den Daten zu den Emotionen. Ein moralischer Auftrag aus der Vergangenheit an uns Deutsche in der Gegenwart. Hier und überall, in jeglicher Hinsicht. Das ist die Staatsräson, aus sich alles andere ableitet. Eingedenk dessen, woran uns der 27. Januar erinnert: Es ist erst 80 Jahre her.“

In den bröckelnden Stelen des Berliner Holocaust-Mahnmals erkennt *Monty Ott* in der *Jüdischen Allgemeinen*¹⁸ ein Sinnbild für die nur schlecht finanzierte Bildungsarbeit gegen das Vergessen und für den mangelnden Konsens darüber, wie wichtig das Wachhalten der Erinnerung an die Shoah sei: „Und so droht dieser Tag wie das Mahnmal doch seinem eigentlichen Zweck zuwiderzulaufen, und zwar kein Erinnern, das Kämpfen heißt, sondern ein Denkmal, das bröckelt.“

„Wie nichts sonst symbolisiert Auschwitz die deutschen Verbrechen im Zweiten Weltkrieg. Als universelle Ikone des Holocaust ist das Lager beinahe omnipräsent und dominiert die Vorstellung vom Mord an den europäischen Jüdinnen und Juden“ stellt *Stephan Lehnstaedt* in der *FAZ*¹⁹ fest und geht der Frage nach, wie das Konzentrations- und Vernichtungslager zu genau diesem Symbol werden konnte. In diesem Zusammenhang beschreibt er die erst allmählich einsetzende Entwicklung zum Gedenkort sowie die „Opferkonkurrenz“ und die Einmischung der Politik in das Gedenken an die Befreiung: „Die internationalen Versuche, Auschwitz für eigene politische Zwecke zu nutzen, sind gerade deshalb so wirkmächtig, weil das Lager weltweit bekannt ist und als Symbol für den Holocaust steht. Mindestens teilweise erfolgreich sind sie, weil das tatsächliche Wissen um Auschwitz und die Schoah damit nicht Schritt hält. In Deutschland widmen sich die Gedenkstätten vorwiegend ihrer eigenen Geschichte, denn die können sie überzeugend vermitteln. Doch der Massenmord des Holocaust fand im besetzten Osteuropa statt, sodass dessen historische Orte eine weitere Anreise erfordern. Gleichwohl ist selbst ein Besuch in Auschwitz ohne Vorbereitung und gewisse Vorkenntnisse vor allem eine beeindruckende Überforderung.“

¹⁶ Mathias Döpfner, Der Denkfehler, *Die Welt*, 27.1.2025.

¹⁷ Stephan-Andreas Casdorff, Was das Auschwitz-Gedenken heute lehrt, *Der Tagesspiegel*, 27.1.2025.

¹⁸ Monty Ott, Ein Denkmal, das bröckelt, *Jüdische Allgemeine*, 23.1.2025.

¹⁹ Stephan Lehnstaedt, Symbol des Holocausts, *FAZ*, 27.1.2025.

In der Debatte: Demokratie – Populismus – Wokeness

In der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁰ beklagt *Martin Rhonheimer* den Zerfall der liberalen Demokratien der Nachkriegsordnung, die auf der Basis der Einhaltung des Rechts etabliert worden seien: „Sowohl die Erinnerung an die historische Genese des liberalen Verfassungsstaates wie auch die nüchterne Sicht auf Demokratie sind gerade heute wichtig. Denn es macht sich – wieder, muss man sagen – ein Demokratieverständnis breit, das dem Geist der aus der geschichtlichen Entwicklung entstandenen liberalen Ordnung diametral entgegengesetzt ist und sie deshalb von innen her zu gefährden droht. Es ist ein Verständnis von Demokratie, dem es nicht in erster Linie um Recht, Gleichheit und Frieden geht. Auch nicht um die individuelle Freiheit und die gesellschaftliche Zusammenarbeit. Es ist ein Verständnis, das an die Demokratie einen inhaltlichen und emanzipatorischen Anspruch stellt: Alles ‚Demokratische‘ soll zu einem moralisch und normativ aufgeladenen Programm erhoben werden – um den Preis, dass alle als undemokratisch ausgegrenzt werden, die dem Programm und seinen moralischen Forderungen nicht zustimmen.“

„Wie eine große Idee in die Defensive kam“ betrachtet *Rainer Hank* in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung*²¹ und setzt sich mit der Krise des Liberalismus und dem Anwachsen „illiberaler“ Demokratien in Europa auseinander: „Die Lage ist deswegen so vertrackt, weil der antiliberaler Wind nicht nur den ampegescheiterten FDP-Politikern ins Gesicht bläst, sondern auch die Tradition des Liberalismus selbst inzwischen, man muss es sagen, von klugen Leuten dekonstruiert und geschmäht wird. Das lässt sich durchaus als intellektuell reizvoll goutieren, müsste man nicht Angst haben, dass im Lauf dieses Prozesses die Idee der Freiheit selbst auf der Strecke bliebe. Höchste Zeit, dass die Verteidiger des Liberalismus, sollte es sie noch geben, aus ihren Löchern kommen.“

Gavin Mortimer fragt im *Spectator*²², ob der Gebrauch von „Lawfare“, dem Einsatz juristischer Mittel zur Behinderung politischer Gegner, der Demokratie in Europa nicht weiteren Schaden zufügen könne, da sich demokratische Institutionen scheinbar selbst der Mittel autoritärer Regime bedienen. Er verweist hier auf Maßnahmen gegen die Wahlergebnisse in Rumänien und Georgien sowie den Umgang mit Marine Le Pen oder den Versuch eines Verbots der AfD.

Mit Blick auf die Ereignisse in Österreich konstatiert *Thomas Schmid* in der *Welt am Sonntag*²³, die Rechtspopulisten seien „gekommen, um zu bleiben“. Angesichts dieser Tatsache sei ein Arrangement der liberalen Demokratien und der Versuch, sie einzubinden, unausweichlich: „Mit Moralkindereien wie ‚Brandmauern‘ wird man nicht weit kommen. Das Vertrackte an den Rechtspopulisten besteht darin, dass sie erstens einem ganz realen Unmut Ausdruck geben, ihn zweitens aber rabiat gegen den liberalen Verfassungsstaat wenden. Auf ihre Entzauberung sollte man nicht hoffen, schon gar nicht in Österreich. In Schweden, Italien und den Niederlanden zeichnet sich derzeit womöglich ab, dass Rechtspopulisten fähig sein könnten, von sich aus vom radikalen Systemwechsel Abschied zu nehmen und sich mit der liberalen Demokratie halbwegs zu arrangieren. Die demokratischen Parteien täten wohl gut daran, in diese Richtung Signale der Kooperationsbereitschaft zu senden. Das ist keine leichte und befriedigende Übung. Aber sie ist vermutlich nötig. Immerhin geht es um die Bewahrung des liberalen Verfassungsstaats.“

In der *FAZ*²⁴ wirbt *Jürgen Kaube* dafür, mehr „direkte Demokratie [zu] wagen“, um den Bürgern das Gefühl zu geben, an den politischen Entscheidungsprozessen beteiligt zu sein und

²⁰ Martin Rhonheimer, Demokratie ist von rechts und links bedroht, NZZ, 9.1.2025.

²¹ Rainer Hank, Der geschmähte Liberalismus, FAS, 12.1.2025.

²² Gavin Mortimer, Democracy is rotting in Europe, The Spectator, 30.12.2024.

²³ Thomas Schmid, Gekommen, um zu bleiben, Welt am Sonntag, 12.1.2025.

²⁴ Jürgen Kaube, Antidot gegen die Verachtung der Politik, FAZ, 11.1.2025.

somit Frust und einem Gefühl des Unverstandenseins vorzubeugen: „Die Sorge, Volksabstimmungen führten zu irrationalen Entscheidungen, sollte angesichts der Entscheidungsbilanz der repräsentativen Demokratie kein Argument sein. Es gibt keine Hinweise darauf, dass das so ist. Niemand von Verstand würde umgekehrt Parlamente durch Plebiszite ersetzen wollen. Es geht nicht um eine rousseauistische Republik, der ständigen Abstimmung aller über das Gemeinwohl. Es geht um eine republikanische Ergänzung der Parteiendemokratie.“

Andreas Rödder spricht mit der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁵ über das Ende der regelbasierten Ordnung und den sich ausbreitenden neuen Ost-West-Konflikt. Fatal sei, dass der Westen nicht erkannt habe, dass sowohl in Russland wie auch in China „imperiale Vorstellungen überdauert [haben], die mit der liberalen Ordnung nicht vereinbar“ seien. Die „Rückbesinnung auf das Modell der bürgerlichen Gesellschaft“ sei eine Möglichkeit, der Zukunftsangst der Menschen entgegenzutreten. Wichtig sei es, die Verteidigungsfähigkeit zu steigern und die überstrapazierten Sozialsysteme effizienter umzubauen.

„Die liberale Demokratie ist darauf angewiesen, dass sie um ihrer selbst willen für legitim erachtet wird. Man kann das Verfassungspatriotismus nennen, eine republikanische Gesinnung oder einfach Haltung“ bilanziert Mark Schieritz in der *Zeit*²⁶. Die Wähler müssten erkennen, dass Entscheidungen in der Wahlkabine auch Konsequenzen hätten und sich „das Gestaltungsversprechen der Populisten [...] in der Praxis zumeist als Gestaltungssillusion“ erweise. Zudem sei es „Teil des Nachkriegskonsenses, nicht gleich die demokratische Grundordnung infrage zu stellen, wenn es einmal wirtschaftlich nicht so gut läuft. Und vielleicht besteht die Krise der liberalen Demokratie darin, dass es diesen Konsens nicht mehr gibt, womöglich weil die disziplinierende Kraft der totalitären Exzesse des 20. Jahrhunderts mit zunehmendem zeitlichen Abstand allmählich ihre Wirkung verliert. Fortschritt ist keine Selbstverständlichkeit: Auf die Antike folgte das Mittelalter.“

Karsten Fischer und Armin Nassehi setzen sich in der *FAZ*²⁷ mit Krisenbewusstsein und Krisenerfahrungen auseinander, fragen, warum die Krisen der heutigen Zeit als besondere Entwicklungen wahrgenommen würden und welche Gegenmaßnahmen geeignet wären: „Es bedarf der Geduld nicht nur mit äußeren, sondern auch mit inneren, von den Sorgen um die äußeren Krisen getriggerten Krisen. Beispielsweise ist es kein Krisensymptom, dass es unseren Kindern wirtschaftlich nicht besser gehen wird als uns selbst, weil unser eigenes Wohlstandsniveau so hoch ist und wir das historisch außergewöhnliche Glück haben, dass es ihnen nach aller Wahrscheinlichkeit nicht schlechter gehen wird als uns. Der Hinweis auf solche Umstände könnte der politischen Vertrauenskrise unserer Zeit abhelfen und dazu beitragen, dass das demokratische Vertrauen in die Institutionen des freiheitlichen Verfassungsstaates erhalten bleibt und nicht dem gefährlichen Vertrauen in die guten Absichten einzelner Personen weicht.“

In der *Welt am Sonntag*²⁸ analysiert Niall Ferguson den „vibe shift“, den Stimmungswandel, der mit der Wahl von Donald Trump in den USA eingesetzt habe und sich nun in der Welt ausbreite: „Während es in der Kultur um den Gegensatz geht zwischen dem Spirit der Gründerväter und den aktuellen Ausschüssen für Diversity, Gleichstellung und Inklusion, geht es bei der globalen Stimmungsänderung um Frieden durch Stärke im Vergleich zu Chaos durch Deeskalation.“ In Europa zeige sich dies etwa in der Diskussion über die Schaffung eines Verteidigungsfonds. Die Sprache der Stärke und Drohungen, die Trump einsetze und die die bisherige US-Administration nicht benutzt habe, zeige schon Auswirkungen auf Russland und China, für die dies unerwartet gekommen sei: „Der Stimmungswandel hat sich von der Welt

²⁵ Andreas Ernst, „Die Rückbesinnung auf das Modell der bürgerlichen Gesellschaft“. Gespräch mit dem Historiker Andreas Rödder, NZZ, 17.1.2025.

²⁶ Mark Schieritz, Verlernen wir die DEMOKRATIE?, Die Zeit, 23.1.2025.

²⁷ Karsten Fischer/Armin Nassehi, Krise? Welche Krise?, FAZ, 9.1.2025.

²⁸ Niall Ferguson, Drei, die die Welt verändern werden, Welt am Sonntag, 28.12.2024.

der Fashionistas über die Tech-Brüder und die Trump-Musk-Kampagne in die Welt der Vier-Sterne-Admirale verlagert. Er begann mit der Abscheu gegenüber Pronomen und Piercings und gipfelt in einer weltweiten Ablehnung der liberalen internationalen Ordnung, die zwei Generationen von Demokraten inspirierte. Hochburgen der Wokeness wie die Yale Law School sind out. Von nun an wird die Welt eher wie Gotham City aussehen.“

„Die Woke-Bewegung hat politischen Schaden angerichtet. Nun hat sie den Zenit überschritten“ konstatiert *Johannes Boie* in der *Neuen Zürcher Zeitung*²⁹ und merkt an, vieles sei gut gemeint gewesen, bis sich der Zeitgeist radikalisiert habe. Nun würden viele Unternehmen, die zum Teil herbe wirtschaftliche Verluste hinnehmen mussten, ihre „Diversity, Equity and Inclusion“-Programme reduzieren oder gar einstellen.

Der an der Columbia University lehrende Soziologe *Musa al-Gharbi*, Autor des Buches „We Have Never Been Woke“, stellt im Gespräch mit dem *ZEITmagazin*³⁰ fest, die Woke-Bewegung habe vor allem der linksliberalen Elite genutzt: „Die Menschen, die am ehesten ‚woke‘ Ansichten vertreten, sind in der Tat oft Menschen mit hohem Bildungsstand, relativ wohlhabend, Stadt- und Vorstadtbewohner, oftmals auch weiß. Wokeness ist nicht charakteristisch für innerstädtische Brennpunkte oder die abgehängte Provinz.“

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³¹ merkt *Benedict Neff* an, Trump habe eine Gegenrevolution gestartet, die Diversity-Politik sei einfach vom Tische gefegt sowie alle DEI-Büros geschlossen worden. Damit habe er einen radikalen Kulturwandel eingeleitet, der Auswirkungen zeigen werde: „Woke als westliche Leitkultur ist am Ende. Die Europäer mögen dies erst als fernes Röhren eines alten weisen Mannes wahrnehmen, aber Trumps Revolution wird auch hier ankommen.“ Dies bedeute vor allem, dass „die Mehrheit wieder stärker in den Fokus der politischen Überlegungen, die Idee eines Common Sense“ rücke. Im Moment sei der „Zeitgeist“ auf der Seite von Trump, was sich aber auch wieder ändern könne: „Für Goethe war der Zeitgeist ein Übergewicht einer Seite, die sich der Menge bemächtigte und eine Zeitlang ihr Wesen treibe, während sich die andere Seite verbergen müsse. Das Momentum ist bei Trump.“ Er sei nötig, „als Korrektur eines Establishments, das es mit seinen Irrtümern zu weitgetrieben hat“.

Hanno Kube befasst sich in der *FAZ*³² mit der Diskussion über Wissenschafts- und Meinungsfreiheit an den Universitäten und bilanziert: „Wenn die Wissenschaft dieses Gespräch über ihre Inhalte, aber auch ihre Methodik und deren Grenzen führt, dann ist das ein fachliches Gespräch, keine Form demokratischer Deliberation. Und doch kann der rationale Geist, der das wissenschaftliche Gespräch bestimmt, ein gutes Beispiel geben und in die Gesellschaft hinein ausstrahlen. So bleiben die Wissenschaftsfreiheit und die Meinungsfreiheit zwei verschiedene Freiheitssphären. Doch können sie voneinander profitieren. Insbesondere können und sollen die Universitäten als Horte der Rationalität und des offenen, respektvollen und aufrichtigen Diskurses in die Gesellschaft hineinwirken. Nicht nur durch den Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern auch durch das Vorbild gelingender Diskurspraxis können die Universitäten der Demokratie dienen.“

Rezensionen

„Trotz oder gerade wegen des Krisenbefundes ist der Band vielen anderen geschichtswissenschaftlichen Ansätzen voraus. Denn wer reflektiert heute noch, da die Hochzeiten von Geschichtstheorie lange vorbei sind, verschwiegene Grundannahmen von Geschichtsschreibung. In diesem Band aber werden Methoden, Konzepte, Metaphern der Globalgeschichte

²⁹ Johannes Boie, Der Zeitgeist dreht sich, NZZ, 11.12.2024.

³⁰ Alard von Kittlitz, Woke. Gespräch mit dem Soziologen Musa al-Gharbi, ZEITmagazin, 12.12.2024.

³¹ Benedict Neff, Trumps Konterrevolution: Woke als progressive Leitkultur ist am Ende, NZZ, 31.1.2025.

³² Hanno Kube, Orte des gelingenden Diskurses?, FAZ, 16.1.2025.

auf den Prüfstand gestellt“ lautet die Einschätzung von *Jörg Später* in der *FAZ*³³ über den von **Stefanie Gänger** und **Jürgen Osterhammel** herausgegebenen Band **Rethinking Global History**.

Das „Buch ist eine profunde Grundlage für die immer wieder aufflammende Diskussion über deutsche Identität, weswegen jeder, der sich an dieser Debatte beteiligen will, es zuvor in die Hand genommen haben sollte“ lautet das Urteil von *Herfried Münkler* in der *Süddeutschen Zeitung*³⁴ über **Die Deutschen in der Welt** von **David Blackbourn**, „ein Buch, das von einer tiefen Sympathie für die Deutschen getragen ist, das aber keineswegs die Abwege und Verbrechen der Deutschen im 20. Jahrhundert unter den Teppich kehrt“.

In der *Neuen Zürcher Zeitung*³⁵ setzt sich *Lukas Leuzinger* mit **Der Liberalismus gegen sich selbst. Intellektuelle im Kalten Krieg und die Entstehung der Gegenwart** von **Samuel Moyn** auseinander, der darin „einer Definition von Liberalismus ausweicht“ und er bilanziert, die Kritik des Autors am „Kalter-Krieg-Liberalismus“ entlarvt sich so als leicht durchschaubarer Versuch, durch Abwertung unerwünschter Auffassungen eine bestimmte ideologische Position zu befördern. Indem er die eigenen Vorstellungen auf den Liberalismus projiziert, kann er seinen Gegnern die Abkehr von liberalen Idealen vorwerfen. Ob seine Vorstellungen mit Liberalismus viel zu tun haben, ist allerdings mehr als fraglich.“

Nicolas Kurzawa nimmt in der *FAZ*³⁶ die deutsche Übersetzung **Der Krieg der Worte – 16 Schlüsselbegriffe im Kampf um die Weltordnung** von **Harold James'** Buch **The War of Words** in den Blick und merkt an: „Es will auch kein rechtes Lesevergnügen aufkommen, zu gedrungen ist die Sprache, zu dicht die Aneinanderreihung von Daten und Fakten. Man würde dem Lektorat gern zurufen: Hier braucht es noch eine Erklärung und dort! Zudem stolpert der Leser zuweilen auch sprachlich, es finden sich viele Rechtschreib- und Tippfehler, sogar der Titel des englischen Originalwerks ist falsch angegeben. Das mag man klein kariert finden, es fügt sich aber doch in einen Gesamteindruck: Besonders ausgeruht wirkt die deutsche Version nicht. Das ist bedauerlich, Harold James fundiertes Wissen, seine klugen Beobachtungen wären ohne Frage eine Bereicherung für jegliche Debatte.“

Robert Probst weist in der *Süddeutschen Zeitung*³⁷ auf **Die Sex-Besessenheit der AfD. Rechte im „Genderwahn“** von **Daniela Rütter** hin, die der Frage nachgegangen sei, „wie die AfD in Parlamenten gegen Gender-Politik agitiert“ und merkt an, alles werde „in einer Melange aus Analyse, Streitschrift für die Gender Studies und Polemik gegen ein ‚medienwirksames rechtes Netzwerk‘ engagiert vorgetragen, doch die Kürze des Textes ist auch seine Schwäche. Vieles wird nur angerissen, wo Vertiefung nötig wäre. Besonders deutlich wird das beim Kapitel über die Gendersprache.“

Das 1982 erschienene Buch **L'avenir d'une négation** von **Alain Finkielkraut**, das schon damals in vorausschauender Weise „die Holocaust-Relativierung von links“ kommen sah, ist jetzt in deutscher Übersetzung unter dem Titel **Revisionismus von links. Überlegungen zur Frage des Genozids** erschienen und wurde mit einem „klugen Nachwort“ des Sozialwissenschaftlers *Niklaas Machunsky* versehen, schreibt *Marko Martin* in der *Welt*³⁸.

In der *FAZ*³⁹ erläutert *Ian Liesch*, warum der 1962 von **Theodor W. Adorno** gehaltene Vortrag **Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute**, der nun in Buchform vorliege, auch heute noch von bestechender Aktualität sei, ebenso wie die darin beschriebenen Abwehrmaßnahmen: „Judenfeindlichkeit ist in Adornos Lesart zunächst nicht der auf die absolute Vernichtung

³³ Jörg Später, Auf dem Prüfstand, FAZ, 17.1.2025.

³⁴ Herfried Münkler, Leben wir in einem bedeutenden Land?, SZ, 21.12.2024.

³⁵ Lukas Leuzinger, Freiheitliche Denker auf der Anklagebank, NZZ, 13.1.2025.

³⁶ Nicolas Kurzawa, Notiz zum Schlachtgetöse, FAZ, 27.1.2025.

³⁷ Robert Probst, Zermürben mit Infosmog, SZ, 13.1.2025.

³⁸ Marko Martin, Die Holocaust-Relativierung von links sah er kommen, Die Welt, 9.1.2025.

³⁹ Ian Liesch, Gegen Judenhass hilft nur Autorität, FAZ, 24.12.2024.

abzielende Hass, sondern mehr das leise Tuscheln hinter vorgehaltener Hand und das Verweisen auf etwas, das man doch wenigstens noch sagen dürfe. Für Adorno beruht Antisemitismus nicht auf Erfahrung oder Tatsachen, sondern auf dem Hörensagen. Genau das mache seine Bekämpfung so schwierig, da sie zunächst in freien Debattenräumen ohne konkrete Sanktionierung stattfinde.“

Peter Frederick Matthews befasst sich im *Times Literary Supplement*⁴⁰ mit **The long shadow of German colonialism. Amnesia, denialism and revisionism** von Henning Melber, der die zwiespältige Haltung zur deutschen kolonialen Vergangenheit in den Blick nimmt: „The author tries to unpack the rather incoherent national self-understanding of a period obscured by two more recent regimes of injustice: National Socialism and the GDR, each of which maintained their own narratives of German imperialist adventures overseas.“

In seiner „vorzüglichen Studie“ **Liquid Empire. Water and Power in the Colonial World** lege Corey Ross „detailliert und differenziert dar, dass die Kontrolle über Wasser ein zentraler Aspekt imperialer Expansion“ gewesen sei, schreibt Andreas Eckert in der *FAZ*⁴¹.

Samira Akbarian habe mit **Recht brechen. Eine Theorie des zivilen Ungehorsams** eine wichtige Studie verfasst, die „analytische Klarheit in die Debatte über zivilen Ungehorsam“ konstatiert Till Schmidt in der *taz*⁴² und urteilt: „Wen Akbarians recht theoretische Argumentation nicht abschreckt, der wird ihr inspirierendes Buch mit Gewinn lesen.“

Mit seinem Buch **Was vom Glauben bleibt** sitze Bernd Stegemann „zwischen allen Stühlen. Distanziert zu klerikal-religiösen als auch zu aufgeklärt-atheistischen Kurzschlüssen verfolgt er die Überbleibsel christlichen Glaubens nach der Vertreibung der Gottesbeziehung aus dem sozialen Miteinander“ schreibt Olivia Mitscherlich-Schönherr im *Cicero*⁴³ und resümiert: „Welche künftigen Gottesbeziehungen sich anbahnen, können wir nicht übersehen. Aber wir tun gut daran, uns um unseren Glauben zu sorgen. Stegemanns Analysen können dabei helfen.“

Detlev Schöttker stellt in der *FAZ*⁴⁴ zwei sehr unterschiedliche Bücher einander gegenüber. Während es sich bei **Hoffnung. Eine Geschichte der Zuversicht von Homer bis zum Klimawandel** von Jonas Grethlein um eine um eine „gedanklich und sprachlich souveräne Darstellung zur Geschichte der Zuversicht“ handele, lese sich **Hoffnung. Über ein kluges Verhältnis zur Welt** von Philipp Blom „zum Teil wie der Besinnungsaufsatz eines ambitionierten Schülers“.

„Das brillant geschriebene Buch, das mehrheitlich bereits veröffentlichte Aufsätze versammelt, ist keine wissenschaftliche Doxographie, sondern eine intellektuelle Zeitreise, in der Murray die Personen und Institutionen, die seine akademische Biographie geprägt haben, nochmals aufsucht“ urteilt Stefan Rebenich in der *FAZ*⁴⁵ über **The Muse of History. The Ancient Greeks from the Enlightenment to the Present** von Oswyn Murray, der darin die Forschung über das antike Griechenland von der Aufklärung bis in die Gegenwart rekapituliere.

In der *Zeit*⁴⁶ erinnert Alexander Cammann an den vor 500 Jahren ausgebrochenen Bauernkrieg und weist darauf hin, dass die in Oxford lehrende Historikern Lyndal Roper die beste Kennerin der Materie sei und mit **Für die Freiheit. Der Bauernkrieg 1525** „das wichtigste Buch zum Jubiläum des Bauernkriegs geschrieben“ habe: „Doch Roper will in ihrem glänzend

⁴⁰ Peter Frederick Matthews, *Forgotten fatherlands*, TLS, 20./27.12.2024.

⁴¹ Andreas Eckert, *Die Natur muss erobert werden*, FAZ, 22.1.2025.

⁴² Till Schmidt, *Demokratisch das Recht brechen*, taz, 21.12.2024.

⁴³ Olivia Mitscherlich-Schönherr, *Der gottlose Glauben*, Cicero, 20.12.2024.

⁴⁴ Detlev Schöttker, *Gottvertrauen ist nicht so einfach zu ersetzen*, FAZ, 15.1.2025.

⁴⁵ Stefan Rebenich, *Die Freiheit des Individuums ist das wichtigste Erbe des Altertums*, FAZ, 27.12.2024.

⁴⁶ Alexander Cammann, *Am Anfang war ein Haufen Groll*, Die Zeit, 24.12.2024.

erzählten, spannungsvoll komponierten Buch weg von einzelnen Figuren, Ideen und vermeintlichen Ideologien, so wie sie in marxistischer Tradition gerne auftreten, nicht zuletzt im Müntzer-Kult der DDR. Sie legt die verborgenen Mentalitäten einer Welt im Umbruch frei.“

Robert Probst befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁷ mit dem von **Tal Bruttman, Stefan Hördler** und **Christoph Kreutzmüller** verfassten, quellenkritischen „Editionsmeisterwerk“ **Ein Album aus Auschwitz. Die fotografische Inszenierung des Verbrechens**, in dem die Autoren die 197 Fotos aus dem KZ Auschwitz, die für viele den Holocaust symbolisieren, analysieren und sorgfältig in den historischen Kontext einbetten.

In der *taz*⁴⁸ weist **Katja Kollmann** auf das von **Walter Frey** und **Brunhilde Wehinger** erstellte Buch **Mut Hoffnung Widerstand – politisch engagierte Frauen in Berlin-Wedding während der Weimarer Republik und NS-Diktatur** hin, die „durch viel Recherche Material für ein lebendiges Porträt der Zeitumstände zusammengetragen [haben], sodass die neun Biografien satt in der jeweiligen Umgebung schillern. Das politisch aufgeladene Leben im jeweiligen Partei-Biotop springt einem aus jeder Zeile entgegen. Aktivismus ist Alltag. Widerstand gegen die Nazis eine selbstverständliche, fast logische Folge.“

In der *Süddeutschen Zeitung*⁴⁹ blickt **Rudolf Walther** auf den 1950 erschienenen und jetzt in deutscher Übersetzung vorliegenden „brillianten[n] Zeitzeugenbericht“ **Kaltes Krematorium. Bericht aus dem Land namens Auschwitz** von **Józef Debreczeni**: „Seine Darstellung besticht durch die ‚gnadenlose Präzision über Gewalt in Auschwitz‘, so **Carolin Emcke** in ihrem Nachwort zur deutschen Ausgabe. Zur sprachlichen Präzision gehört auch die Akribie, mit der Debreczeni das ‚Vokabular der Unmenschlichkeit‘, die pedantische Hierarchie, Kontrolle, Privilegien und Bestrafung dokumentiert, mit denen jede Form von Sozialität oder Solidarität in der Lagergesellschaft im Ansatz brutal zerstört wurden.“

In ihrem Band **Letzte Station. Griechische Gefangene in deutschen Konzentrationslagern**, der jetzt in deutscher Sprache erschienen ist und den **René Wildangel** in der *Süddeutschen Zeitung*⁵⁰ vorstellt, beschreibt **Eleni Tsakmaki** die Folgen der deutschen Besetzung Griechenlands zwischen 1941 und 1944 anhand von 13 Einzelschicksalen: „So verdienstvoll die deutsche Übersetzung der Zeugnisse der Überlebenden ist, so sinnvoll wäre es gewesen, das vorhandene Material besser zu editieren und mit zusätzlichen inhaltlichen Informationen zu versehen. Sicher hätte eine Sichtung der zahlreichen seit 2011 erschienenen Veröffentlichungen zum Thema den Rahmen dieser kleinen Publikation gesprengt. Doch wünschenswert wäre eine erweiterte Einführung, die neue Erkenntnisse zur Geschichte der griechischen KZ-Häftlinge, der griechischen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie der Entschädigungsdebatte zusammenfasst.“

In dem posthum erschienenen, „sorgfältig recherchierten und grossartig erzählten Buch **Hitlers Interviews. Der Diktator und die Journalisten** gelinge es **Lutz Hachmeister** die „Faszination, die Populisten und Autokraten auf Medienvertreter ausüben“ zu analysieren und zu hinterfragen, stellt **Oliver Pfohlmann** in der *Neuen Zürcher Zeitung*⁵¹ fest: „Heute wie damals, resümiert Hachmeister, seien journalistische Scoops, persönliche Eitelkeit und die Nähe zur Macht wichtiger als die Frage, welche Narrative man zu verbreiten helfe – auch wenn man sich dabei zum Sprachrohr von Propaganda mache.“

Annette Eberle befasst sich in der *Süddeutschen Zeitung*⁵² mit **Demokratie lernen. Der Öffentliche Gesundheitsdienst in Bayern nach dem Nationalsozialismus** von **Sophie Friedl**, die darin den „steinigen und gewundenen Weg zwischen taktischer Anpassung und echter

⁴⁷ Robert Probst, Dekonstruktion von Ikonen, SZ, 20.1.2025.

⁴⁸ Katja Kollmann, Sie waren Vorhut und Minderheit, taz, 23.12.2024.

⁴⁹ Rudolf Walther, Über die „teutonische Präzision“, SZ, 20.1.2025.

⁵⁰ René Wildangel, Vergessene Schicksale, SZ, 20.1.2025.

⁵¹ Oliver Pfohlmann, Im Gespräch mit dem „Führer“, NZZ, 17.12.2024.

⁵² Annette Eberle, Die Opportunisten vom Amt, SZ, 30.12.2024.

demokratischer Umorientierung“ und den Umgang der Mediziner mit ihrem Handeln währen des Nationalsozialismus beobachtet habe: „Friedl richtet statt auf etablierte systemische Deutungskonventionen von (Dis-)Kontinuitäten den Fokus auf die Ärzte als die Hauptakteure, die nach 1945 ungeschoren davonkamen. Sie wählte ‚Lernen‘ als Indikator für das Ineinandergreifen von ethischen Wertekonzepten, deren Prägungen durch das NS-Regime und ärztlichem Handeln.“

„Uhls Darstellung des GRU ist detailliert und bedient sich trotz des wissenschaftlichen Ansatzes einer verständlichen Sprache. Manche Kapitel, wie zum Beispiel das über den Agenten ‚Murat‘, lesen sich wie ein Spionageroman. Auch an Aktualität fehlt es dem Buch nicht. Der Historiker beendet das Geschichtskapitel mit dem bis heute andauernden Krieg gegen die Ukraine“ lautet das Fazit von *Othmara Glas* in der *FAZ*⁵³ über **GRU. Die unbekannte Geschichte des sowjetisch-russischen Militargeheimdienstes von 1918 bis heute** von **Matthias Uhl**.

In der *Financial Times*⁵⁴ betrachtet *James Kynge* zwei prägnanten Studien über Xi Jinping, die seine komplexe Persönlichkeit in den Blick nehmen und aufzeigen, dass ihm die Vergänglichkeit von Macht durchaus bewusst sei: **On Xi Jinping: How Xi’s Marxist Nationalism Is Shaping China and the World** von **Kevin Rudd** sowie **The Red Emperor: Xi Jinping and His New China** von Michael Sheridan.

„This mould-breaking memoir leaves questions unanswered, but its humour and enthusiasm are hard to resist“ urteilt *Henry Mance* in der *Financial Times*⁵⁵ über **Hope. The Autobiography** von **Papst Franziskus** und stellt fest, das Buch versuche, die viele Gläubige begeisternden Anfänge des Pontifikats wieder in Erinnerung zu rufen: „His message is that the church should look outward and forward. Clerics should have less power; women more.“

⁵³ Othmara Glas, Moskaus Spione wussten vieles nur aus der Zeitung, *FAZ*, 14.1.2025.

⁵⁴ James Kynge, The contradictions of Xi Jinping, *Financial Times*, 7.1.2025.

⁵⁵ Henry Mance, Hope – Pope Francis’s surprising, joyful call for spiritual renewal, *Financial Times*, 14.1.2025.

Impressum

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Denise Lindsay

Referentin Abteilung Zeitgeschichte

Hauptabteilung Wissenschaftliche Dienste/ACDP

denise.lindsay@kas.de

Nur für den internen Gebrauch.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.